



Europäisches Parlament diskutiert über Folgen von Thalidomid / Contergan
Aussprache endet mit Appell an die Mitgliedstaaten

Am 09.03.2016 führte das Europäische Parlament eine Aussprache zum Thema Thalidomid. Neben dem Konsens, dass alle Opfer des Wirkstoffes Thalidomid unterstützt werden müssen, wurde über Lösungsansätze, aber auch über Zuständigkeitsprobleme diskutiert.

Bisher seien noch immer 900 Opfer des Contergan-Skandalen nicht richtig entschädigt worden, führte Matthias Groote MdEP (S&D, DE) in seinem Statement auf. Er zog insbesondere die Mitgliedstaaten zur Verantwortung, die Thalidomid als Lizenzprodukt zugelassen haben. MdEP Groote zeigte sich in der Plenardebatte entrüstet. Zum einen sei es traurig, dass am Ende des Tages noch immer keine Lösung vorgelegt werden könne. Zum anderen kritisierte er, dass der Rat und damit die Mitgliedstaaten bei der Aussprache im Europäischen Parlament nicht vertreten waren.

Weitere Abgeordnete forderten konkrete Maßnahmen zur Unterstützung. Gleiche Entschädigung, höhere Renten und gleicher Zugang zu medizinischer Versorgung seien Beispiele an gerechter Unterstützung. Dafür sei auch die Europäische Union zuständig. Wo ein gemeinsamer Markt für Pharmakonzerne bestehe, müsse auch ein gemeinsames System für die Unterstützung von Opfern der Arzneimittelkatastrophen bestehen.

Vytenis Andriukaitis, EU-Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, betonte zum Abschluss der Aussprache die gemeinsame Ansicht, dass die Opfer soziale, moralische und finanzielle Unterstützung brauchen. Hierzu seien schnelle Maßnahmen notwendig, da sich die medizinische und physische Verfassung der Opfer mit jedem Tag im Alter verändere. Er forderte Lösungen

und tatsächliche Instrumente zur Unterstützung. In 2015 habe er mit den nationalen Regierungen von fünf betroffenen Mitgliedstaaten gesprochen, Diskussionen mit den Pharmavereinigungen geführt, die Vertreterinnen und Vertreter der Opfer getroffen sowie sich mit Mitgliedern des Europäischen Parlamentes über Möglichkeiten der Entschädigung ausgetauscht. Einzelne Maßnahmen seien bereits ergriffen worden. Dies entspräche aber lediglich einem Mindestmaß und die Lösungsansätze müssen nun weiter konkret werden. Dazu forderte er insbesondere das Europäische Parlament auf. Es brauche Ideen vom Parlament, um die Probleme zu lösen. Vor allem müsse aber Druck ausgeübt werden auf die nationalen Regierungen, den Anforderungen und Zugeständnissen der Opfer gerecht zu werden. Die Rechtssituation ermögliche keine europäische Lösung, so Kommissar Andriukaitis. Das Management und die Zuweisung der Mittel fallen in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Ein Rahmen für entsprechende Entschädigungszahlungen könne von der Kommission nicht festgesetzt werden. Aufgabe der Europäischen Union hinsichtlich der Folgen von Thalidomid sei es nun zur Schaffung einer politischen Lösung beizutragen. Diese könne aber nur auf nationaler Ebene der Mitgliedstaaten erfolgen. Gleichzeitig erfordere die Lösung die Übernahme einer gesellschaftlichen und moralischen Verantwortung von der pharmazeutischen Industrie.

Weiterführende Informationen:

<http://www.europarl.europa.eu/ep-live/de/plenary/video?debate=1457553613600&streamingLanguage=>